

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt Rieser,  
Berliner Str. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1530,  
Stroßacker,  
Rieser Nr. 52.

Nr. 270.

Freitag, 20. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterwerfungsbeilage: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Der Antrag auf Einberufung des Youngausschusses beschlossen Neuregelung des Stillhalteabkommens vorgeschlagen.

### Alle wollen unser Geld.

Der Weltkrieg um den Vorrang der Schulden und der Reparationen.

Wochen gingen ins Land, ehe die Reparations- und Schuldengespräche, die zwischen Berlin und Paris geführt wurden, auf festen Boden kamen. Frankreich hielt starr an der Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände fest: erst die politischen Schulden und dann die kurzfristigen Kredite. In der vorigen Woche hatte es einen Augenblick den Anschein, als ob England dem deutschen Standpunkt das Wort redete. Die Unterhausrede des konservativen Führers Baldwin erweckte Hoffnungen haben und bestimmte drüben. Inzwischen steht man auch in England das Thema: Schulden und Reparationen wieder mit nächstem Blick an. In den großen englischen Zeitungen kommt klar zum Ausdruck, daß sich England in den Reparationsangelegenheiten, von Frankreich keineswegs absondern wünscht. Wir bauen auf Sand, wenn wir in der entscheidenden Stunde auf Englands Weisheit alles setzen.

Langsam genug tritt man sich über ein ganzes Bündel politischer Fragen. Soll man überhaupt die Maschinerie des Young-Plans in Gang setzen und den Beratenden Sonderausschuß der V.Z. zusammenschicken? Wenn er wirklich zusammentritt, muß dann nicht seine Zuständigkeit stark erweitert werden? Sollen Schulden und Reparationen, also private und politische Zahlungen, nicht ein Ganzes, über das besser im Zusammenhang gesprochen werden kann? Deutschlands Botschafter in Paris sieht bei seinen vorbereitenden Reden auf stärkste Widerstände in Frankreich. Mandin, Labals schäuler Finanzminister, will dem Sonderausschuß in Basel größtmögliche Bewegungsfreiheit ausgeben. Aber Besprechungen über die eingetragenen kurzfristigen Kredite gehen, seiner Meinung nach, über jede Kompetenz hinaus. Nach wie vor flammert sich Frankreich an seine Machtstellung. Man weiß in Paris, daß man, komme was da kommen mag, eine politische Fiktion nicht zu befürchten hat.

Gegenwärtig hält sich Frankreichs vergötterter Marschall Quaiten in England auf. Sein Besuch steht nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Reparationsgesprächen. Immerhin gehört der Marschall zur engsten Umgebung des Ministerpräsidenten Laval. Seine Auffassung von den politischen Dingen wird von der Volksmehrheit in Frankreich sicher geteilt. In seinem Buche „Der Wirtschaftskampf“ schrieb Quaiten vor kurzem einmal: „Das Weltfriedensrichtertum Frankreichs, ein Wort, das den Franzosen von nun ab im Ohr klingen soll, wie das der Sicherheit: Man muß Herr der Lage auf dem Kontinent sein, um dies Räderwerk der Industrie in der Hand zu haben und durch freundschaftliche Beziehungen die Verwicklungen zu lösen.“ Dies spricht ein Mann, der seiner Worte völlig sicher ist. Die einzigartige Machtstellung, die Frankreich seit ein paar Jahren errungen und behauptet hat, reizt einen nächsten Soldaten zu Dithyramben hin.

Gegenläufig konstruieren soll man weder zwischen Frankreich und England noch zwischen Frankreich und Amerika. Amerika nimmt nach dem Besuche Labals auf Frankreichs Empfindlichkeit jede Rücksicht. Außerdem darf man die innerpolitischen Schwierigkeiten Hoovers nicht unterschätzen. Die Kongressmehrheit vertritt sich mit jedem Tage, die eine Einmischung Amerikas in das europäische Chaos ablehnt. Das Loch im amerikanischen Staatshaushalt — runde 8 Milliarden Mark — bereitet dem Präsidenten ernste Sorgen. Steuererhöhungen lassen sich gar nicht vermeiden. Hoover ist also darauf angewiesen, im engsten Einvernehmen mit dem Parlament zu handeln. Die innerpolitischen Schwierigkeiten werden seiner weltpolitischen Aktivität Fugel anlegen. Selbst auf der Pariser Ratstagung, an der Botschafter Dawes als amerikanischer Beobachter teilnimmt, tritt Amerika nicht aus seiner Zurückhaltung heraus. Dawes ist von Hoover selbst politisch informiert worden. Diese Zurückhaltung der Vereinigten Staaten kann durch den diplomatischen Besuch Dino Grandis nicht aufgehoben werden. Nie und nimmer wird in Washington ein antifränkischer Wind geschmeidet werden.

Man muß die außenpolitische Situation klar und nüchtern zeichnen, wenn man Enttäuschungen vermeiden will. Frankreich allein ist an den politischen Zahlungen interessiert, Amerika und England viel mehr an den kurzfristigen Krediten. Daß sich Meinungsverschiedenheiten über den Vorrang der einen und der anderen Frage ergeben würden, war vorauszusehen. Man streitet sich, in verständlicher Konkurrenz, um Milliarden, die Deutschland weder in der einen noch in der anderen Form zahlen kann. Die Aufgabe des Beratenden Sonderausschusses in Basel wird bald beendet sein. Die wirklich wesentlichen politischen Aufgaben werden dann aber erst in Angriff genommen werden können; die Neuregelungen der internationalen Zahlungen, zu denen Deutschlands Zahlungsunfähigkeit das Signal gegeben hat.

Berlin, 20. November.

Die Reichsregierung hat beschlossen, nunmehr den Antrag auf Einberufung des im Neuen Plan des Haager Abkommens vorgesehenen Beratenden Sonderausschusses zu stellen.

Der Antrag wird im Laufe des heutigen Freitag der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und den Regierungen der Gläubigerländer in Form eines Memorandums übergeben werden, das die Ursache und den Zweck des Antrages darlegt.

Der Wortlaut des Memorandums wird veröffentlicht werden, sobald es der Bank in Basel und den Gläubigerregierungen übergeben ist.

### Botschafter von Hoeck bei Ministerpräsident Laval.

Paris. Botschafter von Hoeck stattete gestern um 14 Uhr dem französischen Ministerpräsidenten Laval einen Besuch ab. Dabei wurden die gegenwärtigen Besprechungen über die Vorbereitung der Einberufung des im Youngplan vorgesehenen Sachverständigenausschusses zur Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zum Abschluss gebracht. Die Veröffentlichung des Textes des deutschen Schreibens an die V.Z. und an die beteiligten Regierungen erfolgt in Berlin.

### Das deutsche Reparationsmemorandum.

Berlin. Zu der Abstimmung des deutschen Antrages auf Einberufung des Sonderausschusses der V.Z. schreibt die Volkszeitung: Das Memorandum dürfte zunächst einen Überblick über die Entwicklung der letzten Monate geben und dabei insbesondere die enge Verflechtung von Reparationen und Privatschulden für die deutsche Zahlungsfähigkeit aufzeigen.

Aus dem deutschen Antrag ergibt sich, daß man einen bestimmten Auftrag für den Sonderausschuß der Internationalen Zahlungsabank nicht festgelegt hat, sondern ihm bei seinen Beratungen freie Hand zu lassen wünscht. Das

bedeutet, daß nicht ausdrücklich ein Recht des Ausschusses verlangt wird, auch das Problem der deutschen Privatverschuldung zu überprüfen, d. h. also, daß keine formale Erweiterung der Ausschussrechte von vornherein vorgesehen ist, aber die Notwendigkeit zur Beachtung der gesamten deutschen Zahlungsbilanz ergibt sich aus den Zusammenhängen von selbst.

Die Notenbankpräsidenten werden nun zunächst, so schreibt das Blatt weiter, wie es im Youngplan vorgesehen ist, die Mitglieder des beratenden Sonderausschusses zu ernennen haben. Von der Auswahl dieser Persönlichkeiten, über die Verhandlungen bis jetzt nicht getroffen sind, wird wahrscheinlich zum guten Teil das Tempo und die weitere Entwicklung abhängen.

### Zum deutschen Antrag.

Berlin. Dem deutschen Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses bei der V.Z. ist, wie die V.Z. berichtet, ein Begleitschreiben der Reichsregierung beigelegt, das vier Schreibmaschinenseiten umfaßt. Es gibt eine historische Darstellung des Verlaufes der deutschen und internationalen Wirtschaftskrise. Es beginnt mit den schweren Erschütterungen, die das deutsche Wirtschaftsleben im Sommer dieses Jahres erlitt, leitet dann auf die Kooperation über und verweist auf die wichtigsten Feststellungen der Londoner Konferenz. Das Schreiben geht ferner auf die Ergebnisse der Untersuchungen des Higgins-Komitees ein und stellt fest, daß sich inzwischen die internationale Krise und damit auch die Lage Deutschlands noch wesentlich verschlechtert haben. Es sei daher notwendig, das ganze Problem in seiner Gesamtheit zu prüfen. Hierbei wird darauf angeklagt, daß es nicht bloß die Aufgabe des Young-Ausschusses sein könne, innerhalb der im alten Youngplan vorgesehener Grenzen zu arbeiten, sondern daß auch die Frage der privaten Verschuldung einbezogen werden müsse.

### Neuregelung des Stillhalteabkommens

Wie wir weiter erfahren, hat der Ausschuss der deutschen Schuldner sich gleichzeitig an die an dem Stillhalteabkommen beteiligten Ausschüsse der ausländischen Gläubiger gewandt und im Hinblick auf den Ablauf des Stillhalteabkommens vom 29. Februar 1929 den Beginn alsbaldiger Verhandlungen über eine Neuregelung vorgeschlagen.

## Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz.

Berlin. Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG., Berlin, (Kapital 2 Millionen RM.), hat ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe eine Vereinbarung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen.

Berlin. (Zuspruch.) Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz hat ihre Schalter entsprechend der gestrigen Ankündigung heute geschlossen. Im ganzen unterhält die Bank in Berlin 23 Zweigstellen. Sie hat außerdem noch mehrere Filialen im Rheinlande. Es heißt, daß im ganzen 36 000 Einleger an ihr interessiert sind, die in erster Linie dem gewerblichen Mittelstand angehören. Die Bank ist 1923 kurz nach der Inflation auf genossenschaftlicher Basis gegründet worden mit dem Zweck, Kredite für den Grundbesitz zu beschaffen. Die Bank hat sich sehr schnell und stark entwickelt, was sich auch in der Bilanzsumme zeigt, die von 4,9 auf über 90 Millionen gestiegen ist. Das Aktienkapital von 2 Millionen Mark ist dagegen nicht erhöht worden, abgesehen von einer Verstärkung der Basis durch 1 Million Reiterden, die im Laufe der Jahre angelassen wurden. Die Verschuldungen richteten sich in erster Linie gegen den Direktor Willy Seiffert, dessen Transaktionen den Reichskommissar für das Bankgewerbe veranlaßt haben, das Einschreiten der Staatsanwaltschaft herbeizuführen. Im Zusammenhang mit diesem neuesten Bankrott wird auch der Name des Abg. Carl Labendorff viel genannt, der Führer der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank ist. Von wirtschaftsparteilicher Seite liegt bisher eine Erklärung vor, wonach die Partei nie ein Konto bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz gehabt hat, so daß sie finanziell von diesem Zusammenbruch nicht mit einem Pfennig belastet werde.

Eine Aenderung des Aufsichtsratsvorsitzenden Labendorff soll erst in einigen Tagen erfolgen. Es scheint, daß von juristischer Stelle Labendorff die Bedingung gemacht worden ist, sich vorläufig zu den gegen ihn gerichteten Presseangriffen nicht zu äußern. Bekannt wird einmütigen nur, daß der Abg. Labendorff den Vorwurf der Bilanzfälschung mit der Bemerkung zurückweist, daß seit Aufstellung der Bilanz allerdings als Folge der allgemeinen Geldnot die Vermögensgegenstände, die die Sicherheit der Bank für Handel und Grundbesitz darstellen, im Werte zurückgegangen seien.

### Haftbefehl gegen den flüchtig gewordenen Bankdirektor Willy Seiffert.

Wahrscheinlich Selbstmord.

Berlin. (Zuspruch.) Die Staatsanwaltschaft I hat gegen den gestern abend flüchtig gewordenen Direktor der Bank für Handel und Grundbesitz, Willy Seiffert, wegen Betruges Haftbefehl erlassen. Seiffert werden Bilanzfälschungen zur Last gelegt. Im Augenblick weilen der Staatsanwalt und Beamte der Kriminalpolizei in der Villa Seifferts in Lichterfelde, Augusta-Strasse 23, um dort weitere Durchsuchungen durchzuführen. Gestern abend erhielt die Kriminalpolizei durch die Staatsanwaltschaft den Auftrag, die Villa des Bankdirektors Seiffert zu beobachten. Am nächsten Morgen jedoch mußte festgestellt werden, daß Seiffert bereits um 8 Uhr abends, also bevor die Beobachtung begonnen hatte, und zwar unter Mitnahme einer Pistole, die Villa verlassen hatte. Von den Angehörigen wird vermutet, daß er sich das Leben genommen hat. Allerdings ist Seiffert im Besitze eines für das In- und Ausland geltenden Passes, so daß auch die Annahme eines Fluchtversuches über die Grenze nicht von der Hand zu weisen ist. Aus diesem Grunde sind von der Kriminalpolizei umfassende Fahndungsmaßnahmen getroffen und alle Polizei- und Grenzstationen benachrichtigt worden. Heute vormittag erschienen noch im Auftrag der Familie der Chauffeur und erkrankte Vermittlungsangeh.